

Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.)

Krise und Reform politischer Repräsentation



Nomos

Markus Linden | Winfried Thaa (Hrsg.)

Krise und Reform politischer Repräsentation



Nomos

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Bildquelle: dpa

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-6685-0

1. Auflage 2011

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Krise und Repräsentation	11
<i>Markus Linden und Winfried Thaa</i>	

Krisendiagnosen

Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie	45
<i>Ingolfur Blühdorn</i>	

Repräsentation und Präsentation. Zur Legitimation von Macht in der Vormoderne und im zivildemokratischen Republikanismus	75
<i>Ulrich Sarcinelli</i>	

Die Repräsentationslücke der Volksparteien: Erklärungsansätze für den Bedeutungsverlust und Gegenmaßnahmen	95
<i>Uwe Jun</i>	

Die Krise politischer Repräsentation – eine Folge der Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und sozio-kultureller Milieus?	125
<i>Winfried Thaa</i>	

Die Rolle des Parlaments in Krisendiagnosen des 20. und 21. Jahrhunderts	149
<i>Markus Linden</i>	

Reformperspektiven

Durchsetzung von Reformen? Über den Zusammenhang von
Repräsentation und Steuerung in der Demokratie 173
Gerhard Göhler

Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Chance oder Gefahr für die
politische Repräsentation von Armen und Fremden? 195
Brigitte Geißel

Direkte Demokratie versus parlamentarisches Repräsentativsystem. Was
sagen uns die Erfahrungen aus den Ländern? 217
Frank Decker

Wirtschaftsdemokratie und politische Repräsentation 239
Joachim Beerhorst

„Ich komm besser ran an die Menschen als ein Deutscher“ – Deskriptive
Repräsentation am Beispiel von Ausländer- und Integrations(bei)räten 257
Christiane Bausch

Die Quotenfrau: Erfolgsmodell (auch) für substanzielle Repräsentation? 279
Annette Knaut

Ausblick

Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege? 305
Markus Linden und Winfried Thaa

Autorenverzeichnis 325

Einleitung

Krise und Repräsentation

Markus Linden und Winfried Thaa

1. Die Krisen der Demokratie als Krisen der Repräsentation	11
1.1 Fünf typische Argumentationsweisen	13
(1) Systematische Benachteiligung allgemeiner Interessen und Anliegen	13
(2) Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen	14
(3) Privatisierung und Entfremdung zwischen Bürger und Staat	17
(4) Steuerungskrise	19
(5) Legitimitätskrise	22
1.2 Heute vorgebrachte Reformperspektiven	24
(1) Fatalismus	25
(2) Personalisierte Führerschaft	26
(3) Rekonfliktivierung	27
(4) Demokratieerweiterung	29
2. Die Beiträge dieses Bandes	30

„Democracy never lasts long. It soon wastes, exhausts and murders itself. There was never a democracy that did not commit suicide.“
(John Adams, 1814)

1. Die Krisen der Demokratie als Krisen der Repräsentation

Die Geschichte der Demokratie ist auch eine Geschichte ihrer Krisen. Verwunderlich ist das nicht. Versteht man den Krisenbegriff im Wortsinn als „entscheidende Wendung“ oder „Zuspitzung einer unsicheren Situation“, so impliziert die Regierungsform der Demokratie fast schon zwangsläufig die Entstehung krisenhafter Situationen. Gesellschaften, die sich institutionell auf die Versprechen von Volkssouveränität, Herrschaftskontrolle, Gleichberechtigung, Freiheit und Optionalität beziehen, lassen sich auf ein Abenteuer mit stets ungewissem Ausgang ein. Der ständige Wandel ist der Demokratie eingeschrieben, woraus dann unabwendbar Risiken resultieren. Nirgendwo ist das deutlicher geworden als in Deutschland. Dass es der Weimarer Republik gelang, sich selber abzuschaffen, diente fortan als

Menetekel, welches in der Folge auch für die Eingrenzung von Demokratieansprüchen und Freiheitsrechten vorgebracht worden ist.

Da die repräsentative Demokratie die vorherrschende praktische Ausformung des Demokratieprinzips bildet, ist es ebenso wenig überraschend, dass im Rahmen verschiedener Krisendiagnosen der Vergangenheit zumeist auch eine Krise der Repräsentation konstatiert wurde. Der besorgte, demokratiekritische und mitunter stark abwertende Blick auf den Zustand repräsentativer Institutionen ist bestimmt keine neue Erscheinung. Letztlich geht es bei der Frage nach der Qualität und Stabilität von Demokratie immer auch um die Qualität und Integrationsfähigkeit von Repräsentation, etwa wenn die Privilegierung spezifischer Interessengruppen, das Schwinden einheitsstiftender Bezugspunkte oder das gesunkene Vertrauen in politische Repräsentanten bzw. Institutionen thematisiert werden. Diese als Beispiele fungierenden Anknüpfungspunkte für die Konstatierung einer Krise der Repräsentation werden wiederum durch die demokratische Konstellation selbst befördert. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung hat zwangsläufig Benachteiligungen zur Folge, die Meinungsfreiheit führt zur Hinterfragung von Einheitssymboliken und die Demokratie ist ihrer Idee nach als institutionalisiertes Misstrauen ausgestaltet. Warum sollte *dem* Parlament und *den* Parteien insgesamt vertraut werden, wenn die Regierungsform programmatische Unterschiede zwischen Parteien impliziert und zur eigenen Funktionsfähigkeit benötigt?¹

Wirft man einen Blick auf einflussreiche Krisendiagnosen und löst die dabei angefügten Merkmale von der jeweils verfolgten normativen Ausrichtung, so sind denn auch Gemeinsamkeiten erkennbar, die den spezifischen historischen Zusammenhang überdauern. Ohne damit Vollständigkeit und eine jederzeit klare Unterscheidbarkeit der einzelnen Punkte zu suggerieren, können fünf Argumentationsmuster genannt werden. Diese für die These von der Krise der Repräsentation (mitunter aber auch als prinzipielle Repräsentationskritik) vorgebrachten Argumentationsweisen schließen sich nicht aus und werden deshalb gelegentlich komplementär gebraucht.

1 In diesem Sinne hat selbst David Easton (1975: 450), einer der Begründer der Kategorie „trust“ in der Politischen Kulturforschung, festgestellt, (Institutionen-)Vertrauen sei zweifelsohne eine wichtige Bestandsvoraussetzung der Demokratie, bei darauf gerichteten Fragestellungen jedoch kaum feststellbar, ob die abgefragten Werte wirklich den dafür relevanten Einstellungsbereich („diffuse Unterstützung“) betreffen.

1.1 Fünf typische Argumentationsweisen

(1) Systematische Benachteiligung allgemeiner Interessen und Anliegen

Zu den Evergreens der Krisendiagnostik gehört sicherlich die Feststellung, dass die ausgeprägte Repräsentation von sogenannten „Sonderinteressen“ der Repräsentation allgemeiner Interessen und Bedürfnisse entgegensteht. Carl Schmitt bezieht sich in diesem Zusammenhang auf Rousseau und konstatiert einen generellen Gegensatz zwischen „Sonderinteressen“ und Demokratie, womit er den Parlamentarismus seiner Zeit und die politischen Parteien per se delegitimiert (vgl. Schmitt 1926: 19). Jürgen Habermas kommt in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ zu dem Schluss, dass die repräsentativen Institutionen aufgrund des realen, durch „Manipulation *des* Publikums“ geprägten Handelns von Parteien und Verbänden weit davon entfernt seien, „das im allgemeinen Interesse praktisch Notwendige durch öffentliche Diskussion zu ermitteln“ (Habermas 1962: 270f.). In „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ bestimmt er im Anschluss daran ein „*Modell der normativen Unterdrückung verallgemeinerungsfähiger Interessen*“ als Ausgangspunkt einer „ideologiekritische[n] Gesellschaftstheorie“ (Habermas 1973: 156).

Bei Schmitt fungiert die Argumentationsfigur von der Benachteiligung allgemeingültiger Anliegen durch Sonderinteressen als ein Beweisgrund für die Einrichtung autoritärer Führung. Habermas schließt demgegenüber auf die Notwendigkeit der deliberativen Ausgestaltung politischer Öffentlichkeit. In der praktischen Politik wiederum wurde mit diesem Argument die Einrichtung der großen Koalition in Deutschland im Jahr 2005 begründet (vgl. Linden 2006a). Der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück schrieb dazu in einem Essay mit dem programmatischen Titel „Lobbyisten in die Produktion!“, „[Die] Erwartungen der Menschen können nur im Rahmen eines neuen gesellschaftspolitischen Grundkonsenses erfüllt werden. Dazu bedarf es einer politischen Kraftanstrengung, wie sie wohl nur eine große Koalition wird aufbringen können. ... Die gesamte Lobby, die versammelte Wissenschaft, alle Interessenvertretungen und Verbände können sich heute nicht mehr – wie sonst üblich – mit ihren Forderungen und Protesten hinter eine der beiden Volksparteien klemmen, um auf diesem Resonanzboden eine größere Lautstärke zu erzielen und sich mehr Gehör zu verschaffen“ (Steinbrück 2006).

Diese Äußerung zeigt, dass die Identifizierung vermeintlich gemeinwohlschädlicher Sonderinteressen nicht unbedingt etwas mit Ideologiekritik im Sinne von Habermas zu tun haben muss, sondern auch zur rhetorischen Begründung politischer Auffassungen und hegemonialer Denkweisen herangezogen wird. Befreit sich die Politik vom Einfluss der Lobbys, sieht das dann durchzuführende und vermeintlich alternativlose Programm laut Steinbrück wie folgt aus: „Es kann nicht

das alleinige Ziel des Staates sein, jeden einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen. Das erste Ziel muß mehr denn je werden, den einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen“ (Steinbrück 2006).

Von Ideologiekritik ist auch die Position Fareed Zakarias (2007) weit entfernt. Seine Grundthese lautet, dass die Prinzipien der Demokratie in Konflikt mit den seines Erachtens höher anzusiedelnden Grundwerten der Freiheit treten können (so schon Schelsky 1973). Die „beiden Tendenzen – Demokratisierung und Repression – hängen zusammen“, meint Zakaria (2007: 101). Hieraus leitet er eine provozierende Forderung ab, die auch der Tradition der Unregierbarkeitstheorien (s.u.) zugerechnet werden kann: „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Demokratie“ (Zakaria 2007: 239). Damit ist nicht nur die Einschränkung von gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten gemeint. Als ein entscheidendes Argument für die These von den freiheitsschädigenden Eigenschaften der Demokratie fungiert bei Zakaria die Feststellung, dass die durch Demokratie ermöglichte Repräsentation von Sonderinteressen den eigentlich notwendigen Politiken des Gemeinwohls entgegenstehe. Es gelte, „die Folgen der Globalisierung zu beherrschen. ... Dies ist nur zu schaffen, indem man die politisch Verantwortlichen von den betroffenen Interessenverbänden und deren Kampagnen, mithin von dem enormen Druck der Demokratie, abschirmt“ (Zakaria 2007: 233). Wenn in diesem Zusammenhang wahlweise von einer „Tyrannei der Mehrheit“ oder von der Dominanz von Minderheiten die Rede ist, wird deutlich, wie widersprüchlich Zakaria seine These mitunter vorbringt (vgl. Linden 2010a: 106-108). Die intellektuelle Fallhöhe gegenüber Habermas und Schmitt ist groß – das Argument bleibt jedoch in seinem Kerngehalt gleich: Das im allgemeinen Interesse stehende „Gute“, „Wahre“ oder „Notwendige“ wird durch die Praxis politischer Repräsentation unterlaufen.

(2) Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen

Diese zweite Argumentationsweise verweist weniger auf die Hegemonie *der* Sonderinteressen gegenüber *dem* vermeintlich „Notwendigen“, sondern auf die strukturelle Benachteiligung spezifischer Ansprüche (worunter gleichwohl auch allgemeine Anliegen fallen können) gegenüber anderen Interessen. Es geht um eine angebliche, für viele sogar prinzipielle Disparität politischer Repräsentation.

In diesem Zusammenhang wird häufig rational oder ökonomisch argumentiert. Im ersten Fall berufen sich die Kritiker auf eine unterschiedlich ausgeprägte Konflikt-, Organisations- und Argumentationsfähigkeit von Interessen, die zur Ungleichbehandlung im politischen Prozess führe (vgl. Olson 1968; Offe 1972; Nullmeier 2000). Andere behaupten – im Ergebnis ähnlich –, repräsentatives Regieren

stärke die Macht der ökonomisch Potenten, da der pluralistische Wettbewerb um Einfluss und Stimmen mittels materieller Ressourcenausstattung zu beeinflussen sei, etwa durch Wahlkampfspenden oder medial vermitteltes Agenda-Setting. Das Argument wird in der politischen Debatte bekanntlich häufig vorgebracht. Die klassische wissenschaftliche Formulierung, die auch von einem Marxisten stammen könnte und berechtigterweise in keiner Schrift zur Thematik der Interessenrepräsentation fehlen darf, liefert Elmer Eric Schattschneider (1960: 34f.): „The flaw in the pluralist heaven is that the heavenly chorus sings with a strong upper-class accent. Probably about 90 percent of the people cannot get into the pressure system.“ Aus dieser Perspektive kann Repräsentation die Ungleichheiten der Marktgesellschaft verstärken. Im günstigeren Fall wäre sie also nur ein schwach wirkendes, offensichtliche Symptome lediglich partiell unterdrückendes Gegengift für die „Pathologien“ des Marktes und sozialer Ungleichheit – oder gar ein einziges Placebo.²

Anti-Elitisten wiederum begreifen das Repräsentationsprinzip grundsätzlich als ideologische Fiktion, deren Umsetzung die Herrschaft oligarchischer Gruppen zementiert (vgl. z.B. Bachrach 1970). Bei Johannes Agnoli heißt es: „Tatsächlich erweist sich das parlamentarische Repräsentationsprinzip (freies Mandat – frei von dem Willen der Wähler, versteht sich, nicht von den Anordnungen und Aufträgen der Führungsstäbe –, Nicht-Abberufbarkeit während der Legislaturperiode usw.) als wirksames Mittel, die Massen von den Machtzentren des Staates und ... von den Entscheidungszentren der Gesellschaft fernzuhalten“ (Agnoli 1968: 465f.). Der Bundestag fungiere „als Transmissionsriemen der Entscheidungen oligarchischer Gruppen. *Diese* (die Führungsgruppen der Produktionssphäre – Oligopole –, aber auch der kulturellen Sphäre, die Kirchen z.B.) finden sich im Parlament durchaus konkret vertreten“ (Agnoli 1968: 466; vgl. a. Agnoli/Brückner 1968: 55-72). Aufgrund dieser systemimmanenten Ungleichheit beschwört Agnoli (1968: 471) den „’Druck der Straße’“, andere streben – abgeschwächter – eine partizipatorische Demokratie an (z.B. Pateman 1970; Bachrach/Botwinick 1992).

Auf eine strukturelle, die Anliegen der unteren Gesellschaftsschichten benachteiligende Disparität verweist auch die aktuelle Krisentheorie der „Postdemokratie“ (vgl. Crouch 2008). Die Kritik am Repräsentationsprinzip ist hier jedoch weniger grundsätzlich. Bemängelt wird vielmehr, die derzeit vorherrschende institutionelle

2 Man wird Schattschneider freilich nicht gerecht, wenn er – wie das häufig geschieht – verkürzt als reiner Repräsentationskritiker dargestellt wird. Sein Vorschlag besteht vielmehr darin, die elitären Wirkungen des Systems der Interessengruppen mittels Stärkung der politischen Konflikte auf der Angebotseite (Parteien) abzuschwächen: „The involvement of the public in politics is a natural outgrowth of the kind of conflict that almost inevitably arises in a free society. The exploitation of this situation by responsible political leaders and organizations is the essence of democracy; the socialization of conflict is the essential democratic process“ (Schattschneider 1960: 138).

Ausformung der Interessenvermittlung führe zur systematischen Nichtberücksichtigung egalitärer Ansprüche. Während der Lobbyismus marktcompatible Interessen privilegiere und die Demokratie dabei zur Farce werde, sei das Zeitalter des korporatistischen Keynesianismus aus heutiger Sicht als „wahrhaft demokratisches Interregnum“ anzusehen (Crouch 2008: 156f.).

Milieutheorien konstatieren ebenfalls eine sich neu verschärfende Krise der Repräsentation, die weniger dem Prinzip selbst innewohne, sondern aus der zunehmenden Abkopplung der Parteien und Repräsentanten von ihren angestammten Unterstützerguppen und sozialen Milieus resultiere.³ Die konstatierte rückläufige Identifikation mit politischen Anbietern wird in diesem Zusammenhang auch häufig unter dem Begriff der mangelnden „Responsivität“ gefasst. Für den deutschen Fall argumentiert eine Hannoveraner Forschergruppe um Michael Vester, dass die Entkopplung von Parteien und Milieus sich darüber hinaus auch in der Disparität von Mehrheitswillen auf der Seite der Bevölkerung und praktischer Politik niederschläge. Auseinander fielen „die Realitätsdeutungen der politischen Führungsgruppen und der großen gesellschaftspolitischen Lager“ (Vester et al. 2001: 116). Das von 49 % der Bevölkerung befürwortete „arbeitnehmerische Solidaritätsmodell“ spiegele sich nur unzureichend in der Politik der Repräsentanten wider. Die unteren Volksmilieus seien unterrepräsentiert (vgl. Vester 2009: 54f.). Dementsprechend sinkt die Wahlbeteiligung vor allem in den unteren sozialen Schichten (vgl. Schäfer 2009a).

Die Beispiele zeigen, dass es denjenigen, die als Krisenindiz auf eine bereits grundsätzlich angelegte oder aber praktisch vorhandene Disparität politischer Repräsentation verweisen, primär um die Verwirklichung des Gleichheitsanspruchs in der Demokratie geht. Diese demokratische Gleichheit wird dann wohl nicht von ungefähr gerne mit der Repräsentation egalitärer Ansprüche gleichgesetzt. Wer auf die (immerwährende oder neu entstandene) Disparität der Interessenvermittlung und Interessendurchsetzung verweist, tut dies häufig vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen Krise der Repräsentation sozial schwacher Bevölkerungsschichten.⁴

3 Der Befund wurde in ähnlicher Form schon zu Zeiten einer aus heutiger Sicht zumeist als „intakt“ angesehenen Milieurepräsentation vorgebracht. Wilhelm Hennis (1977: 327) schreibt: „Wenn ein Verfall des Parteiwesens ... auch in der Bundesrepublik sichtbar werden sollte, so wächst er aus der Abstraktion des Parteiwesens vom gesellschaftlichen Wurzelgrund. An der beinahe Unmöglichkeit, das Wesen einer parteipolitisch konzipierten von einer bürokratisch konzipierten Politik zu unterscheiden ..., zeigt sich diese Entfremdung gegenüber dem gesellschaftlichen Grundstoff.“ Franz Walter und Tobias Dürr (2000) haben die Entwicklung, die von vielen als Ursache einer wachsenden Disparität zwischen „Milieu-“ und „Parteiinteressen“ angesehen wird, auf die Formel von der „Heimatlosigkeit der Macht“ gebracht.

4 Die These von der Krise der Repräsentation sozial Schwacher ist grundsätzlich richtig, wie unsere eigene, von den angeführten Positionen zum Teil abweichende Argumentation hoffentlich zeigt (vgl. Linden/Thaa 2009a; Linden 2009a; Thaa/Linden 2011).

(3) Privatisierung und Entfremdung zwischen Bürger und Staat

Eine dritte Argumentationsweise bezieht sich eher negativ auf individuelle oder gruppenspezifische Interessen, positiv hingegen auf den grundsätzlichen Wert republikanischer Bürgerlichkeit, der durch Repräsentation tendenziell unterlaufen werde. Bereits Jean-Jacques Rousseau lehnt politische Repräsentation nicht nur ab, weil sie die Unterordnung des Bürgers unter den Willen seiner Vertreter und damit erneut Unfreiheit impliziere. Für problematisch hält er die Wahl von Abgeordneten auch deshalb, weil sie die Bürger von der Sorge um das Allgemeinwohl entlaste und es ihnen ermögli­che, sich auf ihre Privatgeschäfte zu konzentrieren: „An Ratsversammlungen teilnehmen? Sie ernennen Abgeordnete und bleiben zu Hause“ (Rousseau 1762: 157 [Kap. 3.15]). Auch Hannah Arendt sieht, ungeachtet ihrer Ablehnung des Rousseauschen Freiheitsbegriffs, der auf der Unteilbarkeit des Willens basiert, Privatisierung und Entpolitisierung als Konsequenz politischer Repräsentation. Statt es den Menschen in modernen Massengesellschaften zu ermöglichen, an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und dabei selbst zu urteilen und zu handeln, reduziere die repräsentative Demokratie Politik auf eine paternalistische Interessenvertretung.⁵ Soweit der Bürger sich überhaupt noch um Politik kümmere, frage er nur noch nach den Chancen, seine Privatinteressen durchzusetzen (vgl. Arendt 1974: 346). Noch zugespitzter formuliert Benjamin Barber: „Repräsentation zerstört Partizipation und Bürgerschaft, auch wenn sie Rechenschaftspflicht und private Rechte fördert“ (Barber 1994: 13). Demzufolge entfremdet Repräsentation den Bürger von seinem politischen Gemeinwesen. Sie begünstige die Verkehrung demokratischer Werte zu Mitteln „für ausschließlich persönliche und private Zwecke“ (Barber 1994: 32).⁶

Diese grundsätzliche Kritik an den destruktiven, die Gemeinwohlorientierung der Bürger untergrabenden Effekten politischer Repräsentation lässt sich mit Bezug auf die neuere Krisendiskussion in mehrere Richtungen konkretisieren:

Ausgehend von der These zunehmender Individualisierung und der Erosion sozio-kultureller Milieus scheint es konsequent, eine dramatische Verstärkung der desintegrativen Wirkung politischer Repräsentation zu erwarten. Sowohl aus kom-

5 „Der Bürger ist repräsentiert, doch repräsentiert und delegiert können nur Interessen und die Sorge um die allgemeine Wohlfahrt der Wählerschaft werden, keinesfalls aber ihre Fähigkeit zu handeln oder auch nur ihre Meinungen“ (Arendt 1974: 346).

6 Der letztgenannte Punkt bildete schon die Quintessenz der Kritik des jungen Marx an der „politischen Emanzipation“, die in der Anklage gipfelt, „dass das Staatsbürgertum, das politische Gemeinwesen von den politischen Emanzipatoren sogar zum bloßen Mittel für die Erhaltung dieser sogenannten Menschenrechte herabgesetzt, dass also der citoyen zum Diener des egoistischen homme erklärt, die Sphäre, in welcher der Mensch sich als Gemeinwesen verhält, unter die Sphäre in welcher er sich als Teilwesen verhält, degradiert, endlich nicht der Mensch als citoyen, sondern der Mensch als bourgeois für den *eigentlichen* und *wahren* Menschen genommen wird“ (Marx 1972: 366).

munitaristischer als auch aus konservativer Sicht muss eine immer mehr zur Konkurrenz zwischen rationalen Nutzenmaximierern werdende repräsentative Demokratie die gemeinsamen Werte, von denen auch sie noch lebt, fortschreitend zerstören. Folgt man dem sogenannten „Böckenförde-Theorem“, nach dem die Demokratie auf Voraussetzungen beruht, die sie selbst nicht produzieren kann,⁷ und geht man gleichzeitig von der Richtigkeit der vielbeschworenen Individualisierungsthese aus, so muss die derzeitige Konstellation mehr denn je als Krise erscheinen.

Aber nicht nur in der Erosion gemeinsamer Werte, auch im Verlust dessen, was Robert Putnam „soziales Kapital“ nennt, kann eine wechselseitige Verstärkung von gesellschaftlichen Tendenzen der Individualisierung und politischer Repräsentation vermutet werden. Von Tocqueville (1835/1840) bis Putnam wird die Praxis gemeinsamen Handelns der Bürger in Assoziationen und Initiativen der Zivilgesellschaft als wichtigstes Gegengewicht zur Privatisierung in der Wirtschaftsgesellschaft gesehen. Der Wechsel von der klassischen Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und die durchgreifende Ökonomisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche verstärkten den Zwang zu individueller Mobilität und Flexibilität und untergruben damit tendenziell auch die Fähigkeit, Bindungen einzugehen und über ad hoc Aktionen hinaus mit anderen dauerhaft zu kooperieren (vgl. Sennett 1998). Die von Robert Putnam im Titel seines Buches „Bowling Alone“ bildhaft verdichteten Ergebnisse seiner empirischen Studien zur bis in den Freizeitbereich hineinreichenden Auflösung kooperativer Sozialbeziehungen legen eine rückläufige Entwicklung der subjektiven Voraussetzungen politischen Engagements im herkömmlichen Sinne (z.B. Parteimitgliedschaft) nahe (vgl. Putnam 2000). Darüber hinaus erklärt derselbe Prozess laut Putnam, weshalb es in nahezu allen liberalen Demokratien zu einem vermeintlich dramatischen Rückgang des Vertrauens in Parteien und Regierungen gekommen sei. Mit der im Alltag zu beobachtenden Erosion von Gemeinschaftsbindungen und der sinkenden Fähigkeit Vertrauen zu entwickeln, gehe auch die Wahlbeteiligung und das Interesse an Politik zurück, während Unzufriedenheit und Misstrauen gegen Regierung, Parlamente und Parteien steige (vgl. Putnam 1996). Auch von daher wäre also zu befürchten, dass eine auf die Repräsentation von Interessen reduzierte Demokratie ihre eigenen Voraussetzungen untergräbt.

Ähnlich pessimistische Sichtweisen auf das Verhältnis der Bürger zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie lassen sich jedoch auch ohne die modernisierungskritischen Züge der Analysen von Putnam und Sennett begründen. Die bloße Empirie hält hier vermeintlich reichhaltige Belege bereit. So scheint die sog. „Politikverdrossenheit“, über die schon seit längerem akademisch diskutiert wird

7 Böckenförde (1967: 112) selbst schreibt: *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“*

(vgl. Arzheimer 2002) und die während der letzten Jahre in Deutschland zu einem der meistbenutzten Schlagwörter der allgemeinen politischen Debatte wurde, zumindest hinsichtlich des Rückgangs von Wahlbeteiligungen, der Zufriedenheit mit der Arbeitsweise politischer Institutionen, der allgemein gesunkenen Parteiidentifikation und gesunkener Werte zur (gleichwohl zweifelhaften) Kategorie des politischen Vertrauens hinlänglich belegt⁸ – auch international (vgl. Pharr/Putnam 2000; Dalton 2005 u. 2008; Manin 2007: 327-342). Nun wird diese angebliche „Politikverdrossenheit“ in westlichen Demokratien, die für viele Autoren insbesondere in Deutschland „in Wirklichkeit eine Politikerverdrossenheit ist“ (Geißel 2006: 86), mit Daten belegt, die zumeist auf die spezifische Unterstützung (vgl. Easton 1975) verweisen, also auf die Bewertung konkreter Politikergebnisse. Folgt man der Entfremdungs- und Privatisierungsprämisse, so lässt sich der Zusammenhang leicht herstellen. Wenn politische Repräsentation die Konzentration auf individuell-nutzenmaximierende Aspekte befördert, hängt die Akzeptanz ihrer Institutionen von der Bewertung ihrer ökonomischen Ergebnisse ab. Outputkrisen sind dann zwangsläufig Repräsentationskrisen.

Auf die der repräsentativen Demokratie innewohnende Tendenz zur Erzeugung eben jener Outputkrisen verweisen wiederum die im Folgenden dargestellten gouvernementalen Krisenargumentationen.

(4) Steuerungskrise

Diese zumeist von konservativen Autoren vorgebrachte Krisenbehauptung rekurriert auf vermeintliche Widersprüche zwischen der Praxis politischer Repräsentation und der Regierbarkeit bzw. Steuerbarkeit moderner Demokratien. Teilweise kommt es dabei zu Überschneidungen mit dem erstgenannten Argumentationsmuster (systematische Benachteiligung allgemeiner Interessen und Anliegen), weshalb manche Autoren, wie z.B. Fareed Zakaria, beide Paradigmen gleichermaßen vorbringen. Im vorliegenden Fall liegt der Fokus jedoch mehr auf der Frage nach der grundsätzlichen Durchsetzbarkeit gouvernementaler Macht als auf der Identifikation von Widersprüchen zwischen vorgebrachten Sonderinteressen und dem allgemeinen Interesse.

In einem Klassiker der Krisenliteratur, dem 1975 veröffentlichten „Crisis of Democracy“ (Crozier/Huntington/Watanuki 1975), wurde das Argument von der Steuerungskrise stilbildend konzeptualisiert. Die Autoren identifizieren vier, aus der demokratischen Konstellation selbst resultierende Krisentendenzen, die in ihrem Zusammenspiel die Regierbarkeit westlicher Demokratien gefährden (vgl.

8 Für einen Überblick vgl. etwa Niedermeyer 2005; Linden 2007 u. (stark auf „Gerechtigkeit“ rekurrierend und allgemein zuspitzend) Embacher 2009.

Crozier/Huntington/Watanuki 1975: 161-168): (a) Die Delegitimation von Autorität im Allgemeinen und das abnehmende Vertrauen in politische Führung im Speziellen; (b) die durch massenhafte Partizipation ausgelöste Anspruchsinflation und Staatstätigkeitsexpansion („overload“); (c) ein Trend zur „disaggregation of interests“, worunter die Autoren insbesondere die Fragmentierung und sinkende Unterstützung der angestammten Parteiensysteme verstehen, welche im Ergebnis die Kompromissfindung und die Akzeptanz politischer Entscheidungen erschweren; (d) eine zu starke Responsivität von Regierungen gegenüber sozialen Gruppen und Wählern, was eine Nationalisierung der Außenpolitik und Vernachlässigung westlicher Sicherheitsinteressen zur Folge habe.

Folgt man dieser Analyse, so besteht die „Krise der Repräsentation“ also primär darin, dass demokratische Regierungen aus Rücksichtnahme gegenüber dem Elektorat und dessen Anspruchsdanken eine starke Führung vermissen lassen. Ähnliches wurde auch in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren unter dem Begriff „Unregierbarkeit“ vorgebracht.⁹ In diesem Zusammenhang schreibt Peter Graf Kielmansegg (1977: 133) über Demokratien: „Indem sie ihrer Bestimmung gemäß Regierung an die Zustimmung der Regierten binden, also leisten, was sie leisten sollen, beeinträchtigen sie die Fähigkeit des politischen Systems, Probleme zu lösen ..., erheblich.“ Die heute zumeist positiv konnotierte und deshalb oft eingeforderte „Responsivität“ der Repräsentation wird von Crozier/Huntington/Watanuki und Kielmansegg als Ursache demokratischer Blockade, Führungsschwäche und Irrationalität ausgemacht.

Helmut Schelsky geht noch etwas weiter, indem er Demokratie und Freiheit als Gegensatzpaar begreift. Im Ergebnis argumentiert er technokratisch. Schelsky (1973: 50) unterscheidet zwei „Praktiken der Herrschaftsbeschränkung“: die „Herstellung der Identität von Herrschenden und Beherrschten“ („das Prinzip der Demokratie“) und die „Aufteilung der Herrschaftsgewalt“ („das Prinzip der Herrschaftsaufteilung oder Gewaltenteilung“), wobei er letzteres als Garant für die Freiheitsbewahrung ansieht. Gegen Willy Brandts Parole „mehr Demokratie wa-

9 Zu den Parallelen und Unterschieden zwischen konservativen Unregierbarkeitsdiagnosen und linken Thesen über die „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (Habermas 1973), die eher auf die Probleme der staatlichen Dauerintervention zur Bekämpfung der inhärenten Risiken des Kapitalismus als auf die qua Demokratie institutionalisierte Anspruchsinflation verweisen, vgl. Schäfer 2009b (mit weiteren Nachweisen). Laut Habermas (1973: 98f.) werden ökonomische Krisen heute vom politischen System absorbiert, z.B. durch den Wohlfahrtsstaat. Folge sei eine „Überforderung der öffentlichen Haushalte“. Versagt das staatliche Krisenmanagement, wofür Kürzungen auf der Leistungsebene ein Indiz sein können, drohe ein Legitimationsverlust. Als Kompensationsversuch fungiere die Strategie, mittels „symbolischer“ Elemente Folgebereitschaft in der Bevölkerung zu erzeugen. Der „Erfolg“ bleibe ungewiss, denn: „Die Legitimationsbeschaffung ist selbstdestruktiv, sobald der Modus der ‚Beschaffung‘ durchschaut wird“ (Habermas 1973: 99). Ausgangspunkt solcher Analysen ist die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und nur sekundär die der demokratischen Repräsentation, weshalb sie im Rahmen dieses Typologisierungsversuchs ausgespart bleiben.

gen“ argumentiert Schelsky, dass die Ausweitung des Demokratieprinzips hinausläuft auf eine „Vermehrung der ‚Vermittler‘, die den so mobilisierten und ausgeweiteten Volkswillen, das heißt die politische Meinung, als Repräsentanten oder Macht- und Entscheidungsbeauftragte wahrnehmen und umgekehrt ständig aktualisieren“ (Schelsky 1973: 52). Da sich das deutsche Parteiensystem seiner Zeit in zwei Lager spaltet, kommt Schelsky zu dem Schluss, dass dieses Mehr an Repräsentation gleichzeitig zu einer größeren Polarisierung führen muss. Damit verbunden sei wiederum eine „Entsachlichung der Institutionen“: „Die Sachdienstleistung tritt gegenüber dem politischen Bekenntnis ... des betreffenden Personals zurück“ (Schelsky 1973: 54). Mithin bedeute „‚Mehr Demokratie‘ ... also nicht nur ‚mehr und dauernder Konflikt‘, sondern auch ‚weniger Rationalität‘“ (Schelsky 1973: 53). Laut Schelsky dürfen die politischen Institutionen deshalb nur beschränkt der politischen Repräsentation überlassen werden, da „die Leitung dieser Institutionen ihre Legitimität in ihrer Sacherfüllung und in der Vertretung von Sachinteressen findet“, womit seines Erachtens sogar der alte Rationalisierungsgrundsatz der Marxisten erfüllt sei: „die Ablösung der Herrschaft von Menschen über Menschen durch ‚Verwaltung von Sachen‘“ (Schelsky 1973: 58).

Das Steuerungs- und Rationalisierungsparadigma wird auch heute noch vertreten, wobei die Rhetorik zumeist etwas bürgernäher daherkommt. Das ist dem Zeitgeist und der Überwindung der Blockkonfrontation des Kalten Krieges geschuldet. Es bleibt der Bezug auf ökonomische Faktoren und die Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit in einer globalisierten Welt. Fareed Zakaria postuliert vor diesem Hintergrund eine „Delegierte Demokratie“ (Zakaria 2007: 232): „Im Prinzip liefe eine solche Systemtransformation darauf hinaus, die Arbeitsweise einer Behörde wie des US-Gesundheitsministeriums zum Standardverfahren zu erheben. Das Ministerium handelt nach Leitlinien, die ihm der Kongress vorgibt. Der begnügt sich mit der Kontrolle der weitgehend autonomen Tätigkeit der Ministerialbeamten“ (Zakaria 2007: 244). Regierungswechsel dürften nicht zum Bruch mit begonnenen Reformprojekten führen. Als Vorbild fungiert die Europäische Union, die „der relativen politischen Isolation ihrer Institutionen ihre größten Erfolge schuldet“ (Zakaria 2007: 234). Kurzum: „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Demokratie“, so Zakaria (2007: 239).

Auch in der jüngeren deutschen Vergangenheit wurde eine Steuerungskrise diagnostiziert. Und auch hier diente wohl die Europäische Union als ein (diesmal implizites) Vorbild zu deren Lösung, bestehend im Versuch, mittels „post-parlamentarischen Regierens“ (Andersen/Burns 1996) Reformfähigkeit zurück zu gewinnen. Die Regierung Schröder setzte zahlreiche prominent besetzte Expertenkommissionen ein, deren Aufgabe es war, in wichtigen Politikfeldern „rationale“ Vorschläge zu erarbeiten und so die vermeintlichen Steuerungsfriktionen herkömmlicher Repräsentation zu überwinden (vgl. Linden 2009b; Linden/Thaa

2010). Theoretisch bezog man sich dabei auf die kognitive Version der deliberativen Demokratietheorie, wie sie insbesondere von Jürgen Habermas (1994) vertreten wird. Die zugrundeliegende Krisendiagnose deckte sich mit den eingangs geschilderten konservativen Ansichten. Den Polarisierungen und Unregierbarkeit erzeugenden Rücksichtnahmen sollte im Fall des Regierens durch Kommissionen jedoch nicht mittels „weniger Demokratie“, sondern durch andere, vermeintlich höherwertige Formen der Beteiligung begegnet werden, die es ihrer Zielsetzung nach vermögen, Input- und Output-Legitimation mit Hilfe von Verfahren der Rationalisierung, Kognitivierung und Informalisierung zusammen zu bringen (vgl. Thaa 2007a). Vielleicht ist es da ehrlicher, wie Angela Merkel im Wahlkampf 2005 gleich das Ziel vom „Durchregieren“ auszugeben.¹⁰

(5) Legitimitätskrise

Die fünfte und letzte der wichtigsten Argumentationsweisen für eine Krise der Repräsentation bezieht sich auf ein vermeintlich gestörtes Verhältnis zwischen den Bürgern und den Institutionen politischer Repräsentation. Dabei dienen die der gesellschaftlichen Sphäre zugeschriebenen kritischen Sichtweisen als primärer Maßstab für Reformvorschläge, welche im Ergebnis die Akzeptanz der dadurch erneuerten Institutionen und des Outputs wieder herstellen sollen. Das Credo hierbei lautet nicht „weniger“ oder „rationalisierte“ sondern – klassisch – „mehr Demokratie“. Die vermeintlich gestiegenen Ansprüche der Bürger an die Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen demokratischer Verfahren gelten nicht als Krisenindiz, sondern als Handlungsanleitung. Wo die Responsivität durch mangelnde Bürgerbeteiligung zu sehr eingeschränkt sei, wird die Krise offensichtlich, so die Vertreter des Paradigmas der Legitimitätskrise. Den jüngst vieldiskutierten Anknüpfungspunkt für diese These bildete in Deutschland der Streit um das Bahnhofprojekt Stuttgart 21. Der hierbei als Schlichter berufene Heiner Geißler (2010: 33) stellte in einem Interview fest, dass „die Voraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie nämlich das Vertrauen der Bürger in ihre Volksvertreter, verschwunden ist.“ Volksentscheide und Schlichtungsverfahren könnten hier Abhilfe schaffen.

Auch in der Politikwissenschaft ist die These von der Legitimitätskrise und der daraus folgenden Notwendigkeit zur institutionellen Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten populär. Russell J. Dalton (2004: 191) konstatiert in diesem Zusammenhang für alle westlichen Demokratien: „By almost any measure, public confidence and trust in, and support for, politicians, political parties, and political

¹⁰ Bundestags-Plenarprotokoll 15/185, 17471; kritisch Geyer 2005.

institutions has eroded over the past generation.“ Für Dalton (2004: 195) sind es vor allem junge und gebildete Postmaterialisten, die ihre Ansprüche in der repräsentativen Demokratie nicht mehr ausreichend repräsentiert sehen. Die Vertrauenskrise gehe zurück auf ein gesteigertes Anspruchsdenken der Bürger hinsichtlich ihrer Partizipationsmöglichkeiten: „We have entered a new period when governments must confront a public skeptical of their motivations, doubtful about the institutions of representative democracy, and willing to challenge political elites“ (Dalton 2005: 150). Diesem neuen – vermeintlich hochpolitischen und -kritischen – Bürgertypus können die hergebrachten Institutionen laut Dalton nicht gerecht werden. Er plädiert deshalb für eine „Öffnung“ des Politikprozesses: „The structures of representative democracy that were created in the late 1800s often seem ill-suited to deal with the plethora of new interests, articulated in new ways, functioning by new rules. ... Opening up the political process is ... a method to ensure that governments become more responsive to a broader spectrum of political demands. This method does not increase the quantity of political demands ... but it ensures that the demands receive fair attention from the government and thereby improves the government’s ability to address all social needs“ (Dalton 2008: 255). Pippa Norris (2002: 222f.) spricht analog zu Dalton von „critical citizens“, deren politisches Interesse nicht mehr recht in die konventionellen Formen politischer Repräsentation passe. Deshalb müssten die hergebrachten Kanäle um neue Partizipationsmöglichkeiten erweitert werden, die den politischen Ausdruckswünschen insbesondere der jüngeren Generationen gerecht werden: „from agencies of loyalty toward agencies of choice, and from electoral repertoires toward mixed-action repertoires“.

Auch dieses Argumentationsmuster ist natürlich nicht neu. Ähnlich argumentierten bereits die partizipatorischen Demokratietheorien der 60er und 70er Jahre (z.B. Bachrach 1970; Pateman 1970). Neu ist jedoch, dass die These derart häufig mit Verweis auf die kritische Haltung in den gut gebildeten oder sogar „höheren“ Gesellschaftsschichten vorgebracht wird (vgl. z.B. Dalton 2005: 149). Die dereinst enge Verbindung zwischen den Forderungen nach mehr Partizipation und einer verbesserten Repräsentation sozial Schwacher tritt dahinter zurück. Ist der „Wutbürger“, immerhin das Wort des Jahres 2010, gar eine elitäre Figur?

In jedem Fall ist es verwunderlich, wenn gerade der Vorsitzende der vormals für „mehr Demokratie“ stehenden Partei sich sinngemäß kritisch gegenüber der Mehrheitsmeinung über den „neuen Bürgerprotest“ in Deutschland äußert. Dessen Ursachen verortet Sigmar Gabriel (2011) in einem programmatischen Aufsatz eher in allgemeinen, durch neoliberale Politiken mitbeförderten sozialen Entwicklungen, die dem Legitimitätsverlust politischer Institutionen (er spricht von einer „Vertrauenskrise“ und drohenden „Demokratiekrise“) Vorschub leisten, als in der mangelnden Offenheit dieser Institutionen. Er spricht von „soziale[m] Statusfana-

tismus und gesellschaftliche[m] Gruppenegoismus“, der zur Ablehnung von Veränderungen (z.B. „Bau eines Bahnhofs“) führt. Zwar will Gabriel – fast pflichtgemäß – die repräsentative parlamentarische Demokratie durch Formen direkter Demokratie ergänzen, eine argumentative Brücke zwischen der institutionellen Reform politischer Repräsentation und der Lösung der Repräsentationskrise schlägt er jedoch nicht. Eine solche verspricht für Gabriel vielmehr die Durchsetzung einer „sozialen“, also egalitäreren, Programmatik. Die sich hier abzeichnende implizite Skepsis gegenüber dem potentiell elitären Bias partizipatorischer Reformen zeigt, dass der Nexus von Demokratiereform und sozialem Ausgleich zunehmend hinterfragt wird.

1.2 Heute vorgebrachte Reformperspektiven

Der SPD-Vorsitzende bezeichnet Protestierer als Statusfanatiker. Das ist für einen Politiker durchaus mutig und deutet gleichzeitig an, durch welche Leerstellen die neuere Debatte über die Krise der Repräsentation und mögliche Wege ihrer Überwindung geprägt ist.

Vielleicht mit Ausnahme des Legitimitätsparadigmas, welches auch durch den Wegfall der Blockkonfrontation 1989/1990 und die dadurch ausgelöste Höherwertigkeit endogener Begründungen der Demokratie an Bedeutung gewann, sind spätestens seit den 70er Jahren eher partielle Trends, kontextspezifische Anpassungen und Moden als langanhaltende Verschiebungen in der Verwendung der Argumentationsweisen festzustellen. Anders verhält es sich hingegen mit den daraus resultierenden Reformperspektiven. Man könnte diesbezüglich von einem nunmehr offensichtlichen Ende der Ideologien sprechen oder aber, aus einer emanzipatorischen Perspektive, von einem Ende der gesellschaftspolitischen Gesamtvorstellungen. Das Thema Repräsentationsreform, welches einst in eine stark polarisierende Debatte eingebunden war, bei der das imperative Mandat schon mal mit dem Totalitarismus gleichgesetzt wurde, wird heute pragmatisch verhandelt. Dahinter stecken immer seltener inhaltliche Leitideen und hoffnungsvoll präsentierte Zukunftsperspektiven, sondern vielmehr Anpassungsversuche und vage Hoffnungen.

Vier Stränge sind auszumachen, wobei zumindest der erste zeigt, dass die normative, den Postulaten von Emanzipation, Exklusionsreduktion und Selbstregierung verpflichtete Demokratietheorie sich in einer mindestens ebenso großen Krise befindet wie die politische Repräsentation selbst. Insgesamt scheint das Nachdenken über Demokratie nicht mehr an ein politisches bzw. gesellschaftsveränderndes Projekt gebunden zu sein. Hubertus Buchstein und Dirk Jörke (2003) sprechen in diesem Zusammenhang von der „Rationalisierung der Demokratietheorie“, die ihren Ausdruck im Siegeszug und im politischen Einfluss einer oftmals technokra-

tisch gewendeten deliberativen Demokratievorstellung und in der Höhergewichtung des Outputs gegenüber partizipatorischen Momenten findet. Der neue Pragmatismus hat natürlich auch seine guten Seiten. Das betrifft zum Beispiel die praktische Politik, insbesondere was die Offenheit der relevanten politischen Kräfte für sogenannte „demokratische Innovationen“ betrifft. Vor allem auf der lokalen Ebene sind in Deutschland Neuerungen zu verzeichnen. Der hinter institutionellen Reformen eigentlich zu vermutende Zusammenhang von Demokratisierung, freiem Handeln, Gleichberechtigung und sozialem Ausgleich ist jedoch unklarer geworden. Es ist vor diesem Hintergrund bezeichnend, wenn in Ermangelung von Ideen sogar das Ende der Demokratie beschworen wird. Die Vertreter des ersten Strangs können deshalb nur als Fatalisten bezeichnet werden:

(1) Fatalismus

Der Begriff „Postdemokratie“ (Crouch 2008) besitzt offensichtlich eine große Anziehungskraft, besonders in Deutschland. Immerhin drei renommierte sozialwissenschaftliche Zeitschriften haben ihm in letzter Zeit Themenausgaben gewidmet.¹¹ Damit verbunden ist die Identifikation von Krisenphänomenen, über deren Berechtigung man sicherlich streiten kann. Weniger Diskussionspotential bieten die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Reformperspektiven. Sie stehen bei vielen Autoren sowohl quantitativ als auch qualitativ in keinem Verhältnis zur Krisendiagnostik. Bisweilen wird fast schon die Kapitulation ausgerufen.

Das beste Beispiel bietet Crouchs eigene Ansicht (vgl. Crouch 2008: 155-157): Seines Erachtens funktioniert „postdemokratische Politik nun einmal über Lobbys“, weshalb auch „neue soziale Bewegungen“ primär diese Einflusskanäle nutzen sollten, um Gegenmacht zu entfalten. Außerdem möchte er jedoch „weiterhin auf die Parteien setzen“ sowie auf die „Eskalation des Protests und des Widerstands“. Konkretere Vorschläge werden im Buch nicht unterbreitet. Sieht so ein vielversprechendes Reformprogramm aus?

Auch andere, demokratietheoretisch anspruchsvollere Autoren scheinen mit ihrem Latein am Ende zu sein. Bernard Manin beschreibt den neuen Typus repräsentativer Demokratie als „Publikumsdemokratie“ und kommt hinsichtlich seiner spezifischen Qualität zu einem skeptischen Urteil: „Wenn heutzutage ein Kandidat aufgrund seines Images gewählt wird, und die Wähler davon zu überzeugen sucht, daß er sich besser als andere eigne, sich der Zukunft zu stellen, haben die Wähler bei seinem Vorhaben weniger Mitspracherecht als zu der Zeit, als eine Partei einen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung vorlegte. Auch in diesem Sinne scheint die

11 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006; Vorgänge 2/2010; Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011.

repräsentative Regierungsform ihr Fortschreiten in Richtung einer Selbstregierung des Volkes eingestellt zu haben“ (Manin 2007: 318). Seine Zukunftshoffnungen gründet Manin dann alleine auf die Wandlungsfähigkeit der repräsentativen Regierungsform, die durchaus fähig sei, responsiv auf die verschiedenen politischen Aktivitäten der Bürger zu reagieren (vgl. Manin 2007: 348). Das ist hinreichend unbestimmt.

Deutlicher äußert sich Michael Th. Greven, der eine prinzipielle Inkompatibilität zwischen den Charakteristika der Moderne und den Begründungsmomenten der modernen Demokratie ausmacht. Er plädiert deshalb für eine Verabschiedung der bekannten Leitidee von der „Demokratie“ als „Voraussetzung dafür, eine den neuen Herausforderungen entsprechende, neue normative Idee von historisch ähnlicher Prägekraft zu entwickeln“ (Greven 2009: 73; dagegen Linden 2010a). Wie diese Idee aussehen soll, verrät uns Greven leider nicht. Der Demokratiebegriff wird ersatzlos verabschiedet. Ergibt sich die normative Demokratietheorie dem vermeintlichen empirischen Schicksal?

(2) Personalisierte Führerschaft

Max Weber verband mit der plebiszitären Führerdemokratie die Hoffnung auf eine partielle Zurückgewinnung der Freiheit und Handlungsautonomie des Einzelnen (vgl. Thaa 2005). Vor dem Hintergrund der Geschichte des 20. Jahrhunderts schien dieser Gedanke für normative Theoretiker eigentlich desavouiert. Es ist deshalb verwunderlich, dass er gerade vor dem Hintergrund der egalitaristischen Postdemokratiethese wieder aufkommt.

Einen ersten Beleg hierfür bildet ein Interview mit Colin Crouch (2009). Darin zeigt sich der aufklärerische Pessimist für seine Verhältnisse geradezu euphorisch bezüglich des demokratiefördernden Potentials, das in personalisierten politischen Bewegungen liegen könnte. Den Anknüpfungspunkt bildet die erfolgreiche Kampagne Barack Obamas: „Vor ein paar Monaten hat mir eine ehemalige Studentin geschrieben, ob die Obama-Bewegung nicht meine These von der inneren Aushöhlung der Demokratie widerlegt. Ich habe ihr geantwortet: Ja. Und ich hoffe, dass das anhalten wird. Obama war zwar der Kandidat der Demokratischen Partei, aber de facto brachte ihn eine Bewegung kritischer, engagierter junger Leute ins Weiße Haus. Das ist die Hoffnung für die Zukunft“ (Crouch 2009: 12).

Analytischer haben Claudia Ritzi und Gary S. Schaal (2010) den Gedanken von der neuen Repräsentation qua Führertum ausgearbeitet. Sie sprechen, unter Rückgriff auf Körösenyi (2005), von der „leader democracy“. Typisch für die postdemokratische Konstellation ist demzufolge der schwindende Einfluss der Bürger auf den politischen Prozess, der mit dem gestiegenen Einfluss politischer Führer und

der Höherwertigkeit der Output-Legitimation einhergeht. Ritzi und Schaal kommen zu einem ambivalenten Urteil über die Qualität postdemokratischer Führerdemokratien. Einerseits könnten sie das Regieren durch die relative Abgehobenheit von der Input-Seite erfolgreicher gestalten, andererseits steige jedoch die Abhängigkeit der zugesprochenen Legitimität von personen- und kontextspezifischen Faktoren. Eine andere Perspektive als die „leader democracy“ (oder auch nur eine Verbindung dieses Typus mit positiven Aspekten, die sich nicht im Output erschöpfen) bieten die Autoren gleichwohl nicht an. Abschließend wird die Möglichkeit des Protests gegen paternalistische Bevormundung zwar erwähnt, aber keinesfalls positiv konnotiert: „Postdemokratisch agierenden Politikern muss es daher gelingen, sich Anerkennung als politische Führer – sei es durch charismatisches oder durch pragmatisches Handeln – zu verschaffen. Andernfalls ist zu erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger statt wie bislang weitgehend schweigend in die Politikverdrossenheit zu ‚flüchten‘ mittelfristig zum Protest gegen die politische Führung und die Postdemokratisierung der politischen Systeme schreiten“ (Ritzi/Schaal 2010: 15).

Körösényi wiederum identifiziert, sich teilweise auf Przeworski (1999) beziehend, Vorteile, welche die an Schumpeter angelegte Führerdemokratie seines Erachtens positiv von anderen Demokratiemodellen unterscheidet und über eine bloße Output-Orientierung hinausreichen: „(1) it gives a peaceful method for change in leadership; (2) it ensures a right to vote, and therefore rulers who are perceived as bad rulers may be ousted by the people. In addition to these two normative elements of Schumpeter’s theory, leader democracy provides a third one: (3) the accountability and responsibility of leaders. While aggregative democracy produces a responsive, leader democracy provides a responsible government“ (Körösényi 2005: 378). Kann die Krise der Repräsentation bewältigt werden, indem man den „Ballast“ der normativen, partizipatorischen Ansätze über Bord wirft und die Grundlagen der realistischen Demokratietheorie hervorkramt?

(3) Rekonfliktivierung

Körösényi (2005: 377) beruft sich unter anderem auch auf das Repräsentationsverständnis von Carl Schmitt und glaubt, dass das Konzept der leader democracy der „Natur des Politischen“ gerecht wird. Chantal Mouffe (2007) teilt diese Bezugspunkte. Ihre Perspektive unterscheidet sich jedoch in mindestens zwei Aspekten vom führerfixierten Ansatz. Sie denkt weitgehend entpersonalisiert und bestimmt die entscheidende Rolle von Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit aus einem prinzipiell konfliktiven Denken heraus. Es geht ihr primär um die Persistenz von Alternativen und politischer Konfliktivität und nicht um das Aufzeigen des

herrschaftsbeschränkenden Charakters minimaler Demokratievorstellungen. Dadurch gelingt es ihr, der Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit über die Abwahldimension hinaus eine eigene, den politischen Raum konstituierende Funktion zuzuweisen – zumindest implizit. Das normative Potential der beiden Anknüpfungspunkte, von Körösenyi in seiner analytischen Herangehensweise nur angedeutet, entfaltet sich hier stärker, obgleich sie von Mouffe nicht ausdrücklich benannt werden.

Mouffes Axiom besteht in einer prinzipiell konfliktiven Politikauffassung, die sich von der konsensuellen Logik deliberativer Theorien unterscheidet: „Ich behaupte, es ist nicht nur konzeptionell falsch, sondern auch mit politischen Gefahren verbunden, wenn das Ziel demokratischer Politik in Begriffen wie Konsens und Versöhnung anvisiert wird“ (Mouffe 2007: 8). Das Ziel politischer Repräsentation ist demnach in der „Schaffung einer lebendigen ‚agonistischen‘ Sphäre des öffentlichen Wettstreits“ (Mouffe 2007: 10) zu sehen, wobei „die konfligierenden Parteien die Legitimität ihrer Opposition anerkennen, auch wenn sie einsehen, daß es für den Konflikt keine rationalen Lösungen gibt. Sie sind ‚Gegner‘, keine Feinde. Obwohl sie sich im Konflikt befinden, erkennen sie sich als derselben politischen Gemeinschaft zugehörig; sie teilen einen gemeinsamen symbolischen Raum, in dem der Konflikt stattfindet“ (Mouffe 2007: 30). Demzufolge ist die „konfliktvolle Darstellung der Welt mit gegnerischen Lagern, mit denen die Menschen sich identifizieren können“ (Mouffe 2007: 35), unabdingbar. „Wenn die politischen Grenzen verwischt werden, entsteht Unzufriedenheit mit den politischen Parteien, und es erstarken andere Formen kollektiver Identitäten, etwa im Bereich nationalistischer, religiöser oder ethischer Identifikationsformen“, so Mouffe (2007: 43). Die Begriffe „Zurechenbarkeit“ und „Verantwortlichkeit“ werden zwar nicht explizit betont. Implizit ergibt sich deren Notwendigkeit aber aus Mouffes eindeutigem Eintreten für die Wiederbelebung transparenter politischer Konflikte. Erforderlich sei „eine klare Trennung zwischen Regierung und Opposition. Das setzt deutlich unterscheidbare Programme der Politik voraus, die den Bürgern die Wahl lassen zwischen verschiedenen Möglichkeiten, die Gesellschaft zu organisieren“ (Mouffe 2007: 157). Wir haben in vorangegangenen Arbeiten im Grundsatz ähnlich argumentiert, wobei die transparente Repräsentation politischer Konflikte unter anderem auch als begünstigende Bedingung für eine möglichst umfassende Inklusion verschiedener Anliegen, politische Mäßigung sowie politische Integration im Allgemeinen identifiziert wurde (vgl. z.B. Linden 2006b: 265-269; Linden 2010b; Linden/Thaa 2010).

Die Schwäche der Konfliktthese Mouffes besteht nun freilich darin, dass sie zwar die Richtigkeit des Axioms der Optionalität gut zu begründen weiß, aber kein Wort über die institutionelle Ausgestaltung einer nach dieser Maßgabe ausgerichteten politischen Repräsentation verliert. Die Vertreter der vierten und letzten Re-

formperspektive werden diesbezüglich wesentlich konkreter, wobei die normative Grundausrichtung – im Gegensatz zu Mouffe – zumeist in einem eher konsensuellen Demokratieverständnis besteht, was wiederum im Glauben an die Notwendigkeit partizipatorischer Innovationen mündet.

(4) Demokratieerweiterung

Die Grundausrichtung des heute dominanten Stranges der Reformperspektiven deckt sich weitgehend mit den oben dargestellten Aussagen über eine angebliche Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie. Demnach äußert sich die Krise der politischen Repräsentation vor allem in unzureichender Responsivität und einem damit einhergehenden Legitimitäts- und Vertrauensdefizit. Dem könne insbesondere mittels Ausweitung partizipatorischer Einflussnahmen entgegengewirkt werden, also durch institutionelle Demokratieerweiterungen, so die These.

Vielfältig sind die Reformmaßnahmen, die in diesem Zusammenhang vorgeschlagen und praktisch durchgeführt werden. Eine große Bedeutung kommt dem Ruf nach Ausweitung der direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten zu. Direkt-demokratische Reformen in Deutschland würden es „erlauben, das gesellschaftliche, zivilistische Knowhow, das heute brach liegt – die eigentliche Quelle der Frustrationen so vieler Bürgerinnen und Bürger – für das Wohl und das Gedeihen der Gesellschaft nutzbar zu machen“, meint beispielsweise der Schweizer Nationalrat Andreas Gross (2010: 8). Die in der Literatur identifizierten vermeintlichen Vorteile der direkten Demokratie können folgendermaßen zusammengefasst werden (vgl. z.B. Batt 2006: 16f.): Schaffung von Partizipations- und Identifikationsmöglichkeiten, Förderung eines offenen und diskursiven Wettbewerbs, Stärkung der politischen Integration, Förderung des „öffentlichen politischen Lernens“ sowie das Aufbrechen von Parteikartellen, Elitenkonsensen und hegemonialen Sichtweisen.

Weitere Elemente der vorgeschlagenen und praktizierten Demokratieerweiterung beziehen sich insbesondere auf die Ebene der lokalen Politik, die einerseits eine enge Bindung der Bürger an die verhandelten Themen verspricht, bisweilen aber auch als bereichsspezifisches Experimentierfeld genutzt wird. Als demokratische Innovationen zu nennen wären unter anderem: Bürgerhaushalte, die Direktwahl der Bürgermeister, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Schlichtungs- und Mediationsverfahren.

Desweiteren genannt wird die Stärkung der garantierten deskriptiven bzw. Selbstrepräsentation marginalisierter Gruppen, für die Quotenregelungen, Ausländer- oder Integrationsbeiräte stehen. Komplementiert werden die vorgeschlagenen Demokratieerweiterungen schließlich durch die grundsätzliche Forderung nach

Stärkung alternativer Auswahlverfahren. So erlebt beispielsweise das Losverfahren, welches schon von Montesquieu als wahrhaft demokratisch identifiziert wurde,¹² eine erstaunliche demokratietheoretische Renaissance (vgl. Buchstein 2009).

2. Die Beiträge dieses Bandes

Die in diesem Band enthaltenen Aufsätze folgen lediglich eingeschränkt der oben entwickelten Systematik. Die hier grob unterschiedenen vier Reformperspektiven interessieren uns nicht gleichermaßen. Zum einen liegt es aus Sicht einer den Normen der Selbstbestimmung und der politischen Gleichheit verpflichteten Demokratietheorie nahe, insbesondere die unter den Punkten 3 und 4 genannten Reformvorstellungen genauer unter die Lupe zu nehmen. Zum zweiten enthält der vorliegende Band die Beiträge zu einer Tagung, die unter dem Titel „Krise und Reform politischer Repräsentation“ vom Sonderforschungsbereich 600 der Deutschen Forschungsgemeinschaft organisiert wurde. Sowohl das Thema des Sonderforschungsbereiches „Fremdheit und Armut“ als auch dasjenige des speziell verantwortlichen Teilprojektes, das die politische Repräsentation von Fremden und Armen in Deutschland untersucht, implizieren insofern eine parteiische Perspektive, als es dabei um die Chancen der Repräsentation von in der Politikwissenschaft so genannten „schwachen Interessen“ geht. In diesem Zusammenhang haben wir bereits zwei Bände veröffentlicht: Der erste, mit dem Titel „Inklusion durch Repräsentation“ (Thaa 2007b) befasst sich mit den Inklusionsleistungen verschiedener Repräsentationsformen und ihrer Diskussion in der politischen Theorie. Der zweite Band mit dem Titel „Die politische Repräsentation von Fremden und Armen“ (Linden/Thaa 2009b) geht spezifischer von verschiedenen schwachen Interessen aus und fragt, wie sie repräsentiert werden oder repräsentiert werden könnten. Der vorliegende Band will sich umfassender mit der vielzitierten Krise der politischen Repräsentation und den darauf bezogenen Reformvorschlägen auseinandersetzen. Es scheint uns von daher einleuchtend, den Schwerpunkt zum einen auf die Stärken und Schwächen wichtiger Krisendiagnosen zu legen, zum zweiten aber das Partizipations- und Inklusionspotential verschiedener Reformperspektiven zu diskutieren und dabei insbesondere Repräsentationsformen zu betrachten, die eine Verbesserung der Repräsentation marginalisierter Gruppen versprechen.

Entsprechend gliedert sich das Buch in zwei Teile. Der erste Themenschwerpunkt („Krisendiagnosen“) beginnt mit einem Beitrag von *Ingolfur Blühdorn*. Ihm zufolge stellt sich die Situation der Demokratie weit weniger eindeutig dar, als es die verbreiteten Krisendiagnosen nahelegen. Dem Bedeutungsverlust des demo-

12 „Wahl durch Los entspricht der Natur der Demokratie. Wahl durch Abstimmung der Natur der Aristokratie“ (Montesquieu 1748: 107 [II. Buch – 2. Kapitel]).

kratischen Souveräns, enttäuschten Hoffnungen auf zivilgesellschaftliche Bewegungen sowie der Aufwertung autoritärer Führung und technokratischer Lösungen stünden eine dramatische Vermehrung von Repräsentationsansprüchen seitens der Individuen sowie die behauptete Zunahme aktiver, partizipationsbereiter und -fähiger Bürger gegenüber. Von diesen Widersprüchen ausgehend entwickelt Blühdorn dann, stark gesellschaftstheoretisch argumentierend, seinen Begriff der „*simulativen Repräsentation*“. Dabei geht er von der Überlegung aus, demokratische Repräsentation basiere auf der Annahme freier und autonomer Subjekte mit klar definierbaren und artikulierbaren Interessen und Identitäten. Mit dem von Ulrich Beck als reflexive Modernisierung bezeichneten Prozess trete an die Stelle des identischen Subjekts jedoch das „Ideal einer vielschichtigen, flexiblen, innovationsoffenen, flüchtigen Identität“, das der Demokratie der klassischen Moderne den Boden entziehe. Allerdings komme es nicht zum Ende, sondern zu einem Formwandel der Demokratie, den Blühdorn als „postdemokratisches Paradox“ bezeichnet. Damit meint er, die reflexive Modernisierung löse einerseits die Einheitlichkeit und Stabilität des Subjekts auf, andererseits aber blähe sie die „Freiheits-, Selbstbestimmungs-, Selbstverwirklichungs- und Zentralitätsansprüche der Individuen“ immer weiter auf. Die Dilemmata, die daraus in fortgeschrittenen Konsumentengesellschaften sowohl auf Seiten der Institutionen als auch der Bürger entstehen, können Blühdorn zufolge nicht durch eine partizipatorische Reform politischer Repräsentation gelöst werden, sondern finden eine Bewegungsform in der sich herausbildenden Praxis „simulativer Repräsentation“. Die Politik repräsentiere etwas, was es nicht mehr gebe (identische Subjekte, ein Gemeinschaftsinteresse), und die Bürger beanspruchten autonome Subjekte und politischer Souverän zu sein, obwohl sie längst alle politischen Verantwortlichkeiten an Dienstleiter abgegeben hätten, um sich der optimalen Nutzung ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten zu widmen.

Zu einem anderen Ergebnis kommt *Ulrich Sarcinelli*. Er widerspricht in seinem Beitrag zunächst mit empirischen Forschungsergebnissen der diagnostizierten Repräsentationskrise. Das schlechte Politikerimage sowie nachlassendes Vertrauen in Personen und Institutionen seien vor dem Hintergrund eines unter den Bürgern weit verbreiteten Gefühls, von zumindest einer Partei gut vertreten zu werden, zu relativieren. Für Sarcinelli ist dieser bemerkenswerte Befund Anlass, vor kulturkritischem Alarmismus und Krisengerede zu warnen und das Verhältnis von Repräsentation und Präsentation genauer zu beleuchten. Er argumentiert, politische Repräsentation und mediale Präsentation ließen sich nicht gegeneinander in Stellung bringen. Wer es dennoch tue, folge einem modernen Rationalitätsmythos und verkenne, dass der performative Akt, die öffentliche Darstellung bzw. Präsentation zum Kern des Politischen gehöre. Unter Rückgriff auf neuere Forschungen der Geschichtswissenschaft kann Sarcinelli plausibel machen, dass verschiedene in-

stitutionelle Ordnungen auf symbolisch-rituellen Verkörperungen und gemeinsam geglaubten Fiktionen beruhen. Er plädiert dafür, die Erkenntnisse der Ikonographie für die Politikwissenschaft zu nutzen und genauer zu fragen, unter welchen Bedingungen das Präsentative demokratiekompatibel sein kann. Mit der deliberativen Demokratietheorie von Jürgen Habermas und dem zivilgesellschaftlichen Republikanismus von Claude Lefort kritisiert Sarcinelli dann zwei Theorien, die den Anspruch auf Repräsentation eines gesellschaftlichen Allgemeinen permanent in Frage stellen wollen, bzw. grundsätzlich ablehnen. Speziell gegen den zivilgesellschaftlichen Republikanismus betont er, dass Demokratie nicht nur des Dauerkonflikts bedarf, sondern auch der Repräsentation gemeinsamer rechtsstaatlicher Institutionen.

Uwe Jun bezieht die Krisendiagnose in seinem Beitrag auf die Repräsentationsleistungen der Volksparteien. Dabei diskutiert er nicht nur verschiedene Erklärungsansätze für deren Bedeutungsverlust, sondern skizziert darüber hinaus mögliche politische Gegenmaßnahmen. Zunächst jedoch gibt er eine historische Einordnung der Volksparteien und würdigt ihre Integrations- und Repräsentationsleistungen. Vor diesem Hintergrund gewinnen dann die Veränderungen der letzten Jahrzehnte deutlichere Konturen. Die wichtigste Ursache für den relativen Niedergang von CDU und SPD sieht Jun mit dem Mainstream der Parteienforschung in der Erosion der großen sozial-moralischen Milieus. Daneben zieht er jedoch weitere Erklärungen heran, wie etwa die Enttäuschung der Stammwählerschaft durch die Modernisierungsversuche der Parteiführungen, die Abkoppelung der Parteien von ganzen Bevölkerungsgruppen sowie die Erosion der gesellschaftlichen Mitte. Sein Beitrag geht dann genauer auf die Reaktionen der Parteien ein und beschreibt eingehender die Professionalisierung der Organisation, die Medialisierung der Kommunikation und die Etatisierung ihres Handlungsfeldes. Für die Zukunft sieht Jun zwar kein Wiedererstarken der Volksparteien, räumt ihnen aber, sofern sie der Versuchung einer erneuten politischen Polarisierung widerstehen, durchaus Chancen ein, durch attraktive inhaltliche und personelle Angebote die politische Mitte anzusprechen und respektable Wahlerfolge zu erzielen.

Der Beitrag von *Winfried Thaa* diskutiert zwei gegensätzliche Erklärungen der derzeitigen Krise politischer Repräsentation. Zum einen die bereits erwähnte Erosionsthese, die den Bedeutungsverlust politischer Parteien mit langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen erklärt, zum anderen die sogenannte Enttäuschungsthese, die eine weitgehende Stabilität sozio-kultureller Milieus behauptet und die wichtigste Wurzel der derzeitigen Krise in der Nichtberücksichtigung sozialer Interessen durch die Parteien und ihr Führungspersonal ausmacht. Thaa will zeigen, dass beiden Erklärungen ein verkürztes Verständnis politischer Repräsentation zugrunde liegt. Die Erosionsthese leite die Schwächung politischer Lager mit unterscheidbaren Werten und alternativen programmatischen Vorstellungen

quasi eindimensional aus Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur ab und übersehe, dass auch historisch die Ebene der politischen Repräsentation eine wichtige Rolle bei der Herausbildung von Konfliktlinien und entsprechender politischer Lager gespielt habe. Die Enttäuschungstheorie dagegen könne zwar plausibel machen, dass die großen politischen Parteien die Wertorientierungen ganzer Bevölkerungsgruppen nicht mehr aufgreifen, sie bleibe in ihrem Repräsentationsverständnis aber zu sehr einer marktanalogen Perspektive verhaftet, so als ginge es lediglich um die Anpassung des politischen Angebots an die gesellschaftliche Nachfrage. Gegen ein solches, im Kern „mimetisches“ Repräsentationsverständnis stellt Thaa den Begriff der Differenzrepräsentation. Er argumentiert, die Leistung politischer Repräsentation liege in der Transformation gesellschaftlicher Konflikte in widerstreitende Interpretationen von Grundwerten und -prinzipien und damit begründete Handlungsalternativen. In dem Maße wie die Parteien problematische gesellschaftliche Entwicklungen weder in die herkömmlichen Konfliktlinien einordneten noch neue Konfliktlinien entwickelten und sich stattdessen auf die professionelle Erzeugung von Images und Kompetenzzuschreibungen konzentrierten, seien die Folgen Repräsentationsdefizite und die politische Exklusion ganzer Bevölkerungsgruppen.

Nach der spezifischen Stellung, die das Parlament in verschiedenen Krisendiagnosen einnimmt, fragt der Beitrag von *Markus Linden*. Dabei wird von der Beobachtung ausgegangen, dass die These von der Entparlamentarisierung heute zwar weit verbreitet ist, die Institution in den Reformüberlegungen der normativen Demokratietheorie jedoch kaum noch eine Rolle spielt. Zur Bestimmung möglicher Anknüpfungspunkte für ein adäquates Parlamentsverständnis, aus dem handlungsanleitende Vorschläge abgeleitet werden können, vergleicht der Beitrag drei Krisendiagnosen aus unterschiedlichen Zeiten systematisch hinsichtlich ihres Parlaments- und Repräsentationsverständnisses. Erstaunliche Parallelen weisen laut Linden die Ansätze von Carl Schmitt („Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“) und Jürgen Habermas („Strukturwandel der Öffentlichkeit“) auf. Habermas übernehme den Repräsentationsbegriff Carl Schmitts, den er jedoch ins Negative wende. Das Parlamentsverständnis beider sei hingegen nahezu identisch. Schmitt und Habermas glaubten, dass das Parlament in der Parteien- und Verbändedemokratie nicht mehr dem Anspruch der Wahrheitssuche qua freier Deliberation gerecht werden kann. In Colin Crouchs Buch „Postdemokratie“ spiele das Parlament dann gar keine Rolle mehr. Die Institution werde ob einer funktionalistischen Sicht auf Repräsentation als Umsetzung egalitärer Programmatik obsolet. Im Gegensatz dazu schlägt Linden vor, dem Parlament mittels eines konfliktiven Verständnisses der von Schmitt und Habermas fälschlicherweise identitär definierten Kriterien Diskussion und Öffentlichkeit eine Reformfunktion zuzu-

weisen. Crouchs Position liefere demgegenüber keine Anknüpfungspunkte für eine angemessene Sicht auf Krise und Reform parlamentarischer Repräsentation.

Den zweiten Themenschwerpunkt („Reformperspektiven“) eröffnet *Gerhard Göhlers* Aufsatz über den Zusammenhang von Repräsentation und politischer Steuerung. Dabei geht er von der Überlegung aus, dass die grundlegenden gemeinsamen Werte und Ziele eines Gemeinwesens nicht nur als symbolische Repräsentation auf der Input-Seite der Politik von Bedeutung sind, sondern in Form einer „weichen“, ohne Hierarchien auskommenden Steuerung auch auf der Output-Seite eine wichtige Rolle spielen. Seine These lautet, weiche Steuerung könne im Zusammenhang mit symbolischer Repräsentation Aufgaben übernehmen, die von herkömmlichen hierarchischen Steuerungsmethoden zur Durchsetzung politischer Reformen nicht zu bewältigen seien. In einem ersten Argumentationsschritt begründet Göhler den Stellenwert symbolischer Repräsentation für die Legitimität und Stabilität politischer Demokratien. Mit einem Modell der institutionellen Konfiguration beschreibt er dann genauer den Zusammenhang von Repräsentation durch Mandat und symbolischer Repräsentation sowie zwischen politischer Steuerung und normativer Integration. Letztere gerät ihm zufolge in Gefahr, wenn die Bürger im Habitus und in den Entscheidungen der Institutionen nicht mehr die Werte, Ziele und Verhaltensweisen erkennen können, die sie als gemeinsame Grundlage unterstellen. Für die angemessene Repräsentation von Benachteiligten sieht Göhler in diesem Zusammenhang gravierende Probleme. Zu ihrer genaueren Bestimmung unterscheidet er dann im nächsten Schritt drei Modi der weichen Steuerung: „Diskursive Praktiken“, „Fragen und Argumente“ sowie „Symbole“. Am Beispiel des Armutsdiskurses verdeutlichen seine Ausführungen, wie auf der einen Seite gesellschaftliche Akteure ihre Interpretationen des Armutproblems als symbolische Repräsentation der Grundwerte des Gemeinwesens durchzusetzen versuchen, auf der anderen Seite institutionelle Akteure zur Durchsetzung von Reformen auf die Aktivierung symbolisch repräsentierter Werte und Ziele angewiesen sind. Gelingen letzteres nicht, oder würden, wie bei der „Hartz IV-Politik“, Reformen lediglich dekretiert, könnten dafür keine Mehrheiten gewonnen werden.

Der Beitrag von *Brigitte Geißel* vergleicht verschiedene „partizipative Innovationen auf lokaler Ebene“, also Demokratieverweiterungen i.S. unserer oben skizzierten Systematik, hinsichtlich ihres Potentials zur politischen Repräsentation von Armen und Fremden. Analytisch werden dabei zwei Ebenen von Repräsentation unterschieden: die deskriptive Repräsentation von Armen und Fremden (Auswirkungen auf die Beteiligung der Betroffenen selbst) und die Responsivität gegenüber beiden Gruppen. Geißel konstatiert, dass die empirische Evaluation partizipativer Innovationen hinsichtlich der skizzierten Kriterien noch in den Anfängen stecke. Systematisch vergleicht sie in ihrem Aufsatz vier Beteiligungsformen: „Elemente direkter Demokratie“, die „Teilnahme von Interessengruppen an poli-

tischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in „Netzwerk-Governance“, die „Teilnahme von Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in partizipativ-diskursiven Verfahren“ sowie „Innovationen im Wahlrecht“. Im Ergebnis konstatiert Geißel, dass auch bei partizipativen Innovationen hergebrachte Einflussasymmetrien und ein erheblicher Einfluss des spezifischen Kontextes beobachtbar seien. Deshalb könne *„eine inklusive deskriptive Repräsentation und responsive Politik durch partizipative Innovationen ... nur erreicht werden, wenn umfangreiche Maßnahmen implementiert werden, die zur Beteiligung schwacher Interessen führen“*. Direktdemokratische Verfahren seien dabei zunächst einmal inklusiver als andere, teilnahmeintensivere Beteiligungsformen. Bei entsprechenden institutionellen Vorkehrungen könnte dieses Manko der vergleichsweise anspruchsvolleren Innovationstypen jedoch behoben werden. Es gehe deshalb darum, „intelligente Designs zu entwickeln, welche zur Erfüllung des politischen Gleichheitsversprechens repräsentativer Demokratien angesichts neuer Herausforderungen beitragen“.

Mit solchen unterschiedlichen Verfahrensdesigns beschäftigt sich der Beitrag von *Frank Decker*, der die direktdemokratischen Erfahrungen in den Bundesländern analysiert und daraus Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung der direkten Demokratie im parlamentarischen Repräsentativsystem ableitet. Der Aufsatz bietet zunächst einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der direkten Demokratie sowie über die unterschiedliche Praxis in den Bundesländern. Hier seien große Unterschiede zu verzeichnen. Außerdem blieben „die Anwendungsbedingungen in der Summe so restriktiv, dass die plebiszitären Elemente in der Verfassungspraxis nur eine geringe Rolle spielen und eine nachhaltige, systemverändernde Wirkung von ihnen nicht ausgeht.“ Anschließend geht Decker der Frage nach, „ob sich die plebiszitären Verfahren in die vorhandene repräsentative Demokratie überhaupt sinnvoll einfügen lassen.“ Für die Bundesländer unterbreitet er diesbezüglich den provozierenden Vorschlag, die Nachahmung des parlamentarischen Regierungssystems des Bundes aufzugeben und stattdessen ein präsidentielles Regierungssystem einzuführen, wie es auch schon in den Kommunen praktiziert werde. Das hätte u.a. Vorteile für die Kompatibilität der direkten Demokratie: „Die Volksrechte bekämen auf diese Weise einen breiteren Spielraum, könnten sich innerhalb des repräsentativen Systems als alternativer Pfad der Gesetzgebung leichter zur Geltung bringen.“ Abschließend geht Decker der Frage nach, welche Effekte die Ausweitung der direkten Demokratie auf die politische Repräsentation verschiedener Gruppen haben würde. Diesbezüglich seien insbesondere hinsichtlich der Repräsentation schwach integrierter „Fremdgruppen“ Probleme zu erwarten. Auch bezüglich der Effekte auf die Systemzufriedenheit und das politische Interesse fällt das Urteil Deckers differenziert aus. Eine eindeutig positive Eigenschaft, die den Wert der Demokratieerweiterung durch plebiszitäre Elemente unterstrei-

che, bestehe jedoch in der Schaffung von Ventilen, die zur (Re-)Integration oppositioneller Positionen beitragen.

Joachim Beerhorst beschäftigt sich mit der Tradition und mit unterschiedlichen Modellen einer Reformoption, die in der aktuellen Debatte zwar nur selten thematisiert wird, aber schon alleine aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie eine stärkere Beachtung verdient hätte: der Wirtschaftsdemokratie. Laut Beerhorst geht es hierbei darum, ein „vor-aufklärerisch[es]“ und „vor-demokratisch[es]“ Verständnis des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft, welches „durch eine Verkehrung von Subjekt und Objekt“ gekennzeichnet sei, „durch politische Repräsentation, durch Demokratisierung der Wirtschaft“ zu überwinden. Der Beitrag bietet zunächst einen Überblick über die zentralen Beiträge der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu diesem Thema. Thematisiert werden Vorschläge, die sich auf die Demokratisierung der einzelnen Unternehmen sowie der überbetrieblichen Ebene (Karl Korsch, Fritz Naphtali) beziehen. Anschließend beschäftigt sich Beerhorst mit der „Wiederaufnahme der wirtschaftsdemokratischen Programmatik“ in der Bundesrepublik und mit möglichen Repräsentationsdefiziten, die mit der Durchführung wirtschaftsdemokratischer Repräsentationsformen verbunden sind. Die Überwindung solcher Repräsentationsdefizite gegenüber Dritten (z.B. Umwelt- und Verbraucherinteressen oder Belange der Region) ist für Beerhorst eine zentrale Aufgabe wirtschaftsdemokratischer Reformen. Er befürwortet in diesem Zusammenhang „ein Verständnis von Kommune als ‚assoziativer Demokratie‘“. Anknüpfungspunkte für die Renaissance wirtschaftsdemokratischer Positionen seien heute durchaus vorhanden. Das mache u.a. die zunehmende Kritik im Anschluss an die jüngste Finanzmarktkrise deutlich.

Die beiden folgenden Aufsätze beschäftigen sich mit der Wirkungsweise einer Reformoption, die im Zuge von Quotenregelungen und anderen positiven Diskriminierungen immer wieder als Ausgleichsmöglichkeit für bestehende Benachteiligungen spezifischer Gruppen genannt wird: der deskriptiven bzw. Selbst-Repräsentation durch Betroffene. *Christiane Bausch* stellt erste Ergebnisse ihres Forschungsprojekts zur politischen Repräsentation in Ausländer- und Integrationsbeiräten vor, das sie im Rahmen des Teilprojekts C 7 im SFB 600 an der Universität Trier durchführt. Ihr Beitrag bietet zunächst eine Darstellung der theoretischen Debatte über deskriptive Repräsentation. Dabei wird deutlich, wie differenziert und durchaus aufgeschlossen für potentiell negative Aspekte dieser Repräsentationsform Autorinnen wie Iris Marion Young, Jane Mansbridge oder Anne Phillips argumentieren. Im empirischen Teil des Beitrags geht Bausch der Frage nach, ob die diskutierten Kritikpunkte und Vorteile deskriptiver Repräsentation sich in der praktischen Arbeit von Ausländerbeiräten in Rheinland-Pfalz und Integrations-(bei)räten in Nordrhein-Westfalen bestätigen. Die beiden institutionellen Aus-

formungen von Migrantenvertretungen lassen Unterschiede hinsichtlich ihrer spezifischen Exklusionseffekte und Repräsentationsweisen erwarten. Auf der Basis von Leitfadeninterviews mit Mitgliedern der Gremien konstatiert Bausch „ein ‚zu viel‘ an Homogenität, die sich in der Dominanz bestimmter Herkunftsgruppen niederschlägt und sich auch auf den Grad der Responsivität der Gremien gegenüber unterschiedlichen Migrantengruppen auswirken dürfte. Auch die Repräsentation von *Migrantinnen* ist insgesamt defizitär.“ Das Modell des Integrations(bei)rats, charakterisiert durch eine stärkere Anbindung an den Stadtrat, weise zwar Vorteile gegenüber dem Modell des Ausländerbeirats auf. Die deskriptive Repräsentation in speziellen Gremien könne jedoch nur eine defizitäre Übergangslösung sein, so Bausch, denn: „Langfristig betrachtet stellt sicher die Einbindung deskriptiver Repräsentanten in den allgemeinen kommunalpolitischen Prozess das inklusivere Modell für die politische Repräsentation von *Migrantinnen* und *Migranten* dar.“ Trotz stärkerer Politisierung werde das Gegenüber von „uns“ (*Migranten*) und „denen“ (Stadtrat) auch in Integrations(bei)räten bisher nicht überwunden.

Annette Knaut geht in ihrem Beitrag der Frage nach, inwiefern Quotenregelungen nicht nur zur deskriptiven, sondern auch zur substantiellen Repräsentation von Frauen beitragen. Mittels Rückgriff auf den Begriff des „seriellen Kollektivs“ (Iris Marion Young) begründet Knaut die Notwendigkeit der anteiligen Vertretung von Frauen „in allen Institutionen bzw. Arbeitseinheiten des Parlaments“. Da Institutionen sowohl formelle als auch informelle Aspekte aufwiesen, gehe es darüber hinaus darum, „dass informelle Normen, Regeln und Praktiken in Institutionen aufgedeckt und aufgelöst werden müssen, die für Frauen hierarchisierend und ausschließend wirken.“ Quotenregelungen erwiesen sich als durchaus geeignete Methode zur Verbesserung der deskriptiven Repräsentation von Frauen, was für Spitzenpositionen jedoch weiterhin nur eingeschränkt gelte. Im Gegensatz zu dieser tendenziell positiven Wirkungsweise auf die Repräsentation von Frauen in formellen Institutionen steht laut Knaut die substanzielle Repräsentation von Frauen in informellen Institutionen. Aus Interviews mit Parlamentariern des Deutschen Bundestags folgert sie: „Eine größere Anzahl von Frauen verändert informelle Institutionen nur punktuell, hingegen gibt es starke Beharrungskräfte ... Exklusion ist subtiler und weniger offensichtlich geworden. Differenzstrukturen bleiben aber wirkmächtig.“ Mithin seien Quotenregelungen „eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung substanzieller Repräsentation.“ Ohne einen Wandel informeller Institutionen bestehe die Gefahr, dass die Repräsentation des seriellen Kollektivs „Frauen“ durch die Dominanz eines spezifischen Politikerinnentyps unterlaufen werde.

Im abschließenden Beitrag benennen *Markus Linden* und *Winfried Thaa* mögliche Auswege aus der Krise der Repräsentation. Der Beitrag beginnt mit einer Darstellung neuerer Theorien politischer Repräsentation. Die dabei skizzierten

Ansätze sind der Tradition der partizipatorischen Demokratietheorie zuzurechnen. Ihnen ist gemein, dass sie Repräsentation – im Gegensatz zur herkömmlichen Kritik der partizipatorischen Demokratietheorie – als handlungsermöglichende Differenzbeziehung begreifen. Ein Defizit der Ansätze besteht in dem ausbleibenden Bezug auf die aktuelle Krise der Repräsentation. Der Beitrag skizziert vier Reformationsoptionen, die aus einem am politischen Handeln und am Differenzcharakter ausgerichteten Repräsentationsverständnis abgeleitet werden können: (1) Der erste Vorschlag besteht darin, das konflikthafte Element auf der Angebotseite politischer Repräsentation zu stärken, was eine Re-Generierung politischer Milieus, Unterstützergruppen und Diskussion erwarten lässt. (2) Zweitens argumentieren wir, dass Elemente der direkten Demokratie auf Bundesebene in Form eines möglichen Vetoreferendums eingeführt werden sollten. Die Existenz eines solchen Vetos würde die handlungsoptionale Repräsentation von Alternativen stärken und einseitigen Hegemonien entgegenwirken. (3) Hinsichtlich der Einführung kooperativer Politikformen plädieren wir für eine feste Institutionalisierung, bei der wo möglich ein Ausgleich für die soziale Selektivität solcher Politikformen eingeführt wird – beispielsweise in Form von Losverfahren. Außerdem sollten diese Politikformen die Dominanz parlamentarischer Repräsentation nicht untergraben und deshalb eng an das Parlament und weniger an die Exekutive gekoppelt sein. (4) Abschließend fordern wir die Stärkung des Verantwortlichkeits- und Zurechenbarkeitsaspekts politischer Repräsentation. Eine zentrale Möglichkeit zur Erzielung solcher Effekte ist die möglichst weitreichende Durchführung des Öffentlichkeitsprinzips im Sinne umfassender Publizität und Transparenz repräsentativen Handelns.

Literatur

- Agnoli, Johannes*, 1968: Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition, in: *Matz, Ulrich* (Hrsg.), *Grundprobleme der Demokratie*. Darmstadt, 461-471.
- Agnoli, Johannes/Brückner, Peter*, 1968: *Die Transformation der Demokratie*. Frankfurt a.M.
- Andersen, Svein S./Burns, Tom R.*, 1996: *The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy. A Study of Post-Parliamentary Governance*, in: *Andersen, Svein S./Eliassen, Kjell A.* (Hrsg.), *The European Union: How Democratic is it?* Beverly Hills/London, 227-251.
- Arendt, Hannah*, 1974: *Über die Revolution*. München.
- Arzheimer, Kai*, 2002: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden.
- Bachrach, Peter*, 1970: *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse*. Frankfurt a.M.
- Bachrach, Peter/Botwinick, Aryeh*, 1992: *Power and Empowerment. A Radical Theory of Participatory Democracy*. Philadelphia.
- Barber, Benjamin*, 1994: *Starke Demokratie. Über die Teilnahme am Politischen*. Hamburg.

- Batt, Helge*, 2006: Direktdemokratie im internationalen Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 56 (10), 10-17.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, 1967: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: *Ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*. Frankfurt a.M. 1991, 92-114.
- Buchstein, Hubertus*, 2009: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument seit der Antike. Frankfurt a.M./New York.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk*, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan* 31 (4), 470-495.
- Crouch, Colin*, 2008: Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Crouch, Colin*, 2009: „Ein schizophrener Moment“. Interview mit Colin Crouch, in: *die tageszeitung* v. 14. Februar, 12.
- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji*, 1975: The Crises of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York.
- Dalton, Russell J.*, 2004: Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies. Oxford/New York.
- Dalton, Russell J.*, 2005: The Social Transformation of Trust in Government, in: *International Review of Sociology – Revue Internationale de Sociologie* 15 (1), 133-154.
- Dalton, Russell J.*, 2008: Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. (5. Aufl.) Washington, D.C.
- Easton, David*, 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5 (4), 435-457.
- Embacher, Serge*, 2009: Demokratie! Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland. Bonn.
- Gabriel, Sigmar*, 2011: Den Fortschritt neu entdecken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10. Januar, 8.
- Geißel, Brigitte*, 2006: (Un-)Geliebte Profis? Politikerverdrossenheit und Politikerprofessionalität. Daten von der lokalen Ebene, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (1), 80-96.
- Geißler, Heiner*, 2010: Interview, in: *DER SPIEGEL* v. 06. Dezember, 32-34.
- Geyer, Christian*, 2005: Aus einem Guß. Frau Merkels Rede vom durchregierten Deutschland, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 04. Juli, 33.
- Greven, Michael Th.*, 2009: War die Demokratie jemals „modern“? Oder: des Kaisers neue Kleider, in: *Berliner Debatte Initial* 20 (3), 67-73.
- Gross, Andreas*, 2010: Heilung durch direkte Demokratie, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 02. Dezember, 8.
- Habermas, Jürgen*, 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Frankfurt a.M. 1990.
- Habermas, Jürgen*, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen*, 1994: Faktizität und Geltung (4. Aufl.). Frankfurt a.M.
- Hennis, Wilhelm*, 1977: Parteienstruktur und Regierbarkeit, in: *Ders., Regieren im modernen Staat. Politikwissenschaftliche Abhandlungen*. Band 1. Tübingen 2000, 287-331.
- Kielmansegg, Peter Graf*, 1977: Demokratieprinzip und Regierbarkeit, in: *Hennis, Wilhelm/Kielmansegg, Peter Graf/Matz, Ulrich* (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*. Band I. Stuttgart, 118-133.
- Körösiényi, András*, 2005: Political Representation in Leader Democracies, in: *Government and Opposition* 40 (3), 358-378.
- Linden, Markus*, 2006a: Politikabschaffung. Die große Koalition widerspricht den Erfordernissen politischer Repräsentation, in: *Kommune* 24 (5), 51-53.

- Linden, Markus*, 2006b: Politische Integration im vereinten Deutschland. Baden-Baden.
- Linden, Markus*, 2007: Wie frustriert sind die Deutschen? Eine international vergleichende Bestandsaufnahme der Redeweise von der „Politikverdrossenheit“, in: *Deutschland Archiv* 40 (6), 677-687.
- Linden, Markus*, 2009a: Wer repräsentiert die sozial Schwachen?, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 56 (9), 49-52.
- Linden, Markus*, 2009b: Wissensbasierte Disparität. Die parlamentarisch-partecipolitische und deliberativ-rationale Repräsentation von Migranteninteressen in der Ära Schröder, in: *Linden, Markus/Thaa, Winfried* (Hrsg.), *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden 2009, 145-179 .
- Linden, Markus*, 2010a: Kein Ende der Demokratie. Eine Einordnung und Kritik der Erosionstheorie Michael Th. Grevens, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (2), 105-115.
- Linden, Markus*, 2010b: „Die im Dunkeln sieht man nicht“ – Potentiale, Probleme und Perspektiven der Integration durch Repräsentation, in: *Weißeno, Georg* (Hrsg.), *Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen*. Bonn (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), 161-174.
- Linden, Markus/Thaa, Winfried*, 2009a: Einleitung: Eine Krise der Repräsentation von Fremden und Armen?, in: *Dies.* (Hrsg.), *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden, 9-18.
- Linden, Markus/Thaa, Winfried* (Hrsg.), 2009b: *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden.
- Linden, Markus/Thaa, Winfried*, 2010: Die Unabhängige Kommission Zuwanderung und die parlamentarische Repräsentation von Migranteninteressen: Exklusion durch deliberative Rationalisierung?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41 (1), 50-67.
- Manin, Bernard*, 2007: *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin.
- Marx, Karl*, 1972: Zur Judenfrage, in: *MEW* 1. Berlin, 347-370.
- Montesquieu, Charles de*, 1748: *Vom Geist der Gesetze*. Stuttgart 1965.
- Mouffe, Chantal*, 2007: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a.M.
- Niedermayer, Oskar*, 2005: *Bürger und Politik*. (2. Aufl.) Wiesbaden.
- Norris, Pippa*, 2002: *Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism*. Cambridge.
- Nullmeier, Frank*, 2000: Argumentationsmacht und Rechtfertigungsfähigkeit schwacher Interessen, in: *Willems, Ulrich/Winter, Thomas von* (Hrsg.): *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen, 93-109.
- Offe, Claus*, 1972: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: *Kress, Gisela/Senghaas, Dieter* (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt a.M., 135-165.
- Olson, Mancur*, 1968: *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. (3. Aufl.) Tübingen 1992.
- Pateman, Carole*, 1970: *Participation and Democratic Theory*. London/New York.
- Pharr, Susan J./Putnam, Robert D.* (Hrsg.), 2000: *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries*. New Jersey.
- Przeworski, Adam*, 1999: Minimalist Conception of Democracy: a Defence, in: *Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano* (Hrsg.), *Democracy's Value*. Cambridge, 23-55.
- Putnam, Robert D.*, 1996: Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich, in: *Weidenfeld, Werner* (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt*. Berlin, 52-80.
- Putnam, Robert D.*, 2000: *Bowling Alone*. New York.
- Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S.*, 2010: Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (2-3), 9-15.

- Rousseau, Jean-Jacques*, 1762: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, in: *Ders.*, Politische Schriften Band 1. Paderborn 1977, 59-208.
- Schattschneider, Elmer Eric*, 1960: The Semi-Sovereign People. A Realist's View of Democracy in America. New York.
- Schäfer, Armin*, 2009a: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, in: MPIfG Jahrbuch 2009-2010. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln, 5-10.
- Schäfer, Armin*, 2009b: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: Der moderne Staat 2 (1), 159-183.
- Schelsky, Helmut*, 1973: Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der „Polarisierung“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Ders.*, Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. München, 47-82.
- Schmitt, Carl*, 1926: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (6. Aufl., unveränderter Nachdruck der 2. Aufl.). Berlin 1985.
- Senett, Richard*, 1998: Der flexible Mensch. Berlin.
- Steinbrück, Peer*, 2006: Lobbyisten in die Produktion!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. Januar, 6.
- Thaa, Winfried*, 2005: Kulturkritik und Demokratie bei Max Weber und Hannah Arendt, in: Zeitschrift für Politik 52 (1), 23-56.
- Thaa, Winfried*, 2007a: Informalisierung und Kognitivierung politischer Repräsentation in deliberativen Demokratietheorien, in: *Ders.* (Hrsg.), Inklusion durch Repräsentation. Baden-Baden, 85-108.
- Thaa, Winfried* (Hrsg.), 2007b: Inklusion durch Repräsentation. Baden-Baden.
- Thaa, Winfried/Linden, Markus*, 2011: Armut im demokratischen Wohlfahrtsstaat, in: *Uerlings, Herbert/Trauth, Nina/Clemens, Lukas* (Hrsg.), ARMUT. Perspektiven in Kunst und Gesellschaft. Darmstadt (i.E.).
- Tocqueville, Alexis de*, 1835/1840: Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. München 1976.
- Vester, Michael*, 2009: Soziale Milieus und die Schiefen politischer Repräsentation, in: *Markus Linden/Winfried Thaa* (Hrsg.), Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, 21-59.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar*, 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.
- Walter, Franz/Dürr, Tobias*, 2000: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor. Berlin.
- Zakaria, Fareed*, 2007: Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch? München.